

„Alles hängt vom Menschen ab“

Über Marion Gräfin Dönhoff*

aus: Vorgänge Nr. 167 (Heft 3/2004), S.102-106

*„Wie kommt es, dass heute alles Interesse auf das Wirtschaftliche fixiert ist und das Geistige, Kulturelle, Humane, das doch das Wesen Europas ausgemacht hat, an den Rand gedrängt wird!“ — Diese Frage beschäftigte Marion Gräfin Dönhoff, als sie ihr 1997 erschienenenes Buch *Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit* vorbereitete.*

So hat sie es bei einer Präsentation dieses Buches an der Universität Basel berichtet, an der sie in den 1930er Jahren studiert hat. Damals bot die Schweizer Universität der Studentin Marion von Dönhoff die Möglichkeit, unauffällig weiter zu studieren, nachdem sie in Deutschland als allzu aufmüpfige junge Dame Missfallen erregt hatte. Ihre Mutter fand ein aufwändiges Studium, ja vorher schon das Abitur, eigentlich überflüssig. Aber der eigenwilligen Tochter ging es um eine solide fachliche Grundlage dafür, die elterlichen Güter in Ostpreußen ökonomisch erfolgreich zu verwalten, als die Brüder dafür nicht mehr zur Verfügung standen. Ein frühes Foto zeigt sie mit Schlips zu Pferd, ein anderes auf den Schultern zweier Brüder stehend. Es gibt auch eines im flotten Porsche. Das Extravagante, auch wo es eine erkennbare materielle Grundlage brauchte, war ihr also nicht fremd. Ja, Gräfin Dönhoff war extravagant; sie ging ihre eigenen Wege, selbstbewusst (als einzige Frau in ihrem Abiturjahrgang), anspruchsvoll, und – wie Alice Schwarzer in ihrer Biographie beschreibt – nicht ohne Ambivalenz gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen. Es war für sie normal, als einzige Frau unter Männern zu agieren, sehr erfolgreich und meinungsbildend. Und zugleich legte sie, ihrer preußischen Erziehung gemäß, großen Wert auf Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit. Sich in den Vordergrund zu spielen, war verpönt. Auch Sentimentalität war Gräfin Dönhoff nicht nur fremd, sondern regelrecht zuwider. Es ist schwer vorstellbar, dass eine Frau von der Lebensintensität und Entschiedenheit in der Orientierung, wie Marion Gräfin Dönhoff sie vorlebte, frei gewesen wäre von starken Gefühlen. Freilich war es eine Sache der Selbstdisziplin, der Ehre und vielleicht auch der Scheu, Gefühle als Privatsache für sich zu behalten, sie zu kaschieren mit leichter, mädchenhafter Eleganz.

Um welche Sache ging es Gräfin Dönhoff, woran orientierte sie sich und wofür stand sie ein? Auf der Ebene der Werte waren das wohl Ehrlichkeit, Nüchternheit, Pflichtbewusstsein und vor allem Anstand, der dem Begriff nach etwas mit dem „Stand“ zu tun hat, dem sie angehörte und von dem sie Vorbildliches verlangte. Anstand sollte aber über das eigene soziale Milieu hinaus als Inbegriff von Würde und Freiheit, von Mut, Rücksichtnahme und Gemeinsinn allen zugänglich und für alle als Richtschnur verbindlich sein. Der Nationalsozialismus stellte eine essentielle Bedrohung all dieser Werte dar. Er war „Um der Ehre willen“ – so einer ihrer Buchtitel – zu bekämpfen. Die Erinnerung an den Widerstand hat sie nach 1945 für den Rest ihres Lebens geprägt. Das Andenken der Verschwörer vom 20. Juli wach zu halten und der Nachwelt lebendig zu vermitteln, wurde ihr zur wichtigsten Aufgabe. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus blieb wohl auch die Folie, vor der sie später Politik beurteilte und gestaltete. „Nie wieder ist bei uns so existentiell gelebt worden, wie vor 1945, so bewusst und solange auf dem schmalen Grat zwischen Tod und Leben. Politik war zu jener Zeit stets mit dem Einsatz der ganzen Person verbunden“, so resümiert sie im Jahre 1990 die Hinrichtung von Peter Graf Yorck von Wartenburg als „Preußens letztes Kapitel“.

Dass sie auch das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen, und nicht zuletzt den Verlust ihres Familiensitzes und ihrer ostpreußischen Heimat immer vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Unmenschlichkeit gedeutet hat und angegangen ist, ohne die Schmerzlichkeit dieses Verlustes und das Leid der Menschen — der Polen, die geknechtet und ermordet, und der Deutschen, die danach unter großem Leid vertrieben worden sind — zu schmälern, zeigt den Adel und die Großzügigkeit ihres Geistes. Nicht einen Augenblick hat sie bei unseren polnischen Nachbarn das Missverständnis einer einseitig deutschen Parteilichkeit ausgelöst. Nicht einen Augenblick lang hat sie sich — umgekehrt — bei den polnischen Nachbarn angebedert.

Es ist spannend, in ihrer Aufsatzsammlung zum deutsch-polnischen Verhältnis, die 1990 unter dem Titel Polen und Deutsche. Die schwierige Versöhnung erschienen ist, sich den langen Weg zur Demokratisierung Polens und zur schließlichen staatlichen deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze noch einmal vor Augen zu führen. Unbeirrt verfolgt sie in ihren Kommentaren einen Weg, der auf der einen Seite die damalige polnisch-kommunistische Geschichtsklitterung zurückweist, nach der die ehemaligen deutschen Ostgebiete schon früher überwiegend von Polen besiedelt gewesen wären; der aber vor allem gegen jede Revisionsforderung unmissverständlich klar stellt, dass es der nationalsozialistische Größenwahn war, der zum Verlust dieser Gebiete führte, einem endgültigen Verlust, dessen Anerkennung allererst für Polen und Deutsche eine gemeinsame Zukunft eröffnet. Ihre damalige Argumentation, bei der die existenzielle Bedeutung von Heimat eine wichtige Rolle spielt, hat nichts an Aktualität verloren. Deshalb sei hier ein ausführliches Zitat gestattet, das aus einem Kommentar zum Abschluss des Vertrages über die Oder-Neiße-Grenze aus dem Winter 1970 stammt: „Heimat ist für die meisten Menschen etwas, das vor aller Vernunft liegt und nicht beschreibbar ist. Etwas, das mit dem Leben und Sein jedes Heranwachsenden so eng verbunden ist, dass dort die Maßstäbe fürs Leben gesetzt werden. Für den Menschen aus dem Osten gilt das besonders. Wer dort geboren wurde, in jener großen einsamen Landschaft endloser Wälder, blauer Seen und weiter Flussniederungen, für den ist Heimat wahrscheinlich doch noch mehr als für diejenigen, die im Industriegebiet oder in Großstädten aufwuchsen.“ (Dönhoff 1991: 54). In ihrer ostpreußischen Heimat, so schreibt Gräfin Dönhoff weiter, hat die Herrschaft immer wieder gewechselt. Sie war für die Menschen nicht entscheidend, sondern entscheidend „war es, festzuhalten am Grund und Boden, der Landschaft zugeordnet zu sein“. (ebd.: 55) „Seit nun die Deutschen aus ihrer Heimat östlich von Oder und Neiße vertrieben wurden, hat es mit jenem Wechsel der Herrschaft ein Ende. Jetzt ist das Land polnisch. Fast die Hälfte aller heute in den alten deutschen Gebieten lebenden Menschen wurde bereits dort geboren. Die Polen haben, wie auch die Tschechen reinen Tisch gemacht. Nie zuvor hatte jemand im Osten versucht, sich dadurch in den endgültigen Besitz von Ländern und Provinzen zu setzen, dass er acht Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieb. Aber wer könnte es den Polen verdenken? Nie zuvor war ja auch einem Volk so viel Leid zugefügt worden wie ihnen während des Dritten Reiches.“ (ebd.)

Die Ungeheuerlichkeit der NS-Verbrechen

Die qualitativ neue Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Herrschaftsansprüche über Polen, in deren Dienst auch die deutsche Wehrmacht stand, belegte Gräfin Dönhoff mit den rassistischen Worten des deutschen Generalgouverneurs Hans Frank. „Kein Pole“, so Frank in einer Ansprache, „soll über den Rang eines Werkmeisters hinauskommen. Kein Pole wird die Möglichkeit erhalten können, an allgemeinen staatlichen Anstalten sich eine höhere Bildung anzueignen. Ich darf Sie bitten,“ befahl er seinen Untergebenen, „diese klare Linie einzuhalten! [...] Was wir jetzt als Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren; was wieder nachwächst, ist von nun an sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. [...] Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen; denn dann hätten wir Scherereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande.“ (zit. n. ebd.: SSf.) Hier ging es nicht einfach um eine Herrschaftseroberung, hier ging es um die andauernde Erniedrigung eines Volkes und um seine substanzielle Vernichtung.

Marion Gräfin Dönhoffs nachdrückliche Erinnerung an die historische Abfolge von nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen bedeutet weder eine moralische Rechtfertigung der Vertreibungsbrutalitäten, noch gar eine Inhaftnahme der Vertriebenen für die nationalsozialistischen Gräueltaten. Eine solche pauschale Inhaftnahme wäre ihrerseits unmoralisch, denn das ganze deutsche Volk ist für die Gräueltaten politisch verantwortlich. Aber wenn man als Deutsche das Grundgebot der Gerechtigkeit, sich an die Stelle des anderen zu versetzen, ernst nimmt, dann wird man die zeitliche und historische Abfolge von Nationalsozialismus und Vertreibung nicht eine Sekunde lang außer Acht lassen. Und man wird sich zugleich der innerdeutschen Gerechtigkeit in bezug auf die Folgen verpflichtet fühlen. Das gilt für die Vertriebenen und die davon verschont Gebliebenen ebenso wie für die unterschiedlichen Schicksale von Ostdeutschen und Westdeutschen.

Wie schwer Marion Gräfin Dönhoff an dem Verlust ihrer Heimat, für den sie politisch und moralisch unbeirrbar warb, zugleich getragen hat, sieht man daran, dass sie Willy Brandts Einladung, der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages zu folgen, abgelehnt hat. Denn damit wurde 1970 der Verlust - politisch richtig, aber eben verbunden mit Schmerz - endgültig festgeschrieben. Willy Brandt hat dies respektiert, ebenso wie die polnischen Nachbarn. Vorbildliches hat sie uns damit vorgelebt, hat gezeigt, dass es einen authentischen Weg der Versöhnung gibt, der die Gegenseitigkeit nicht als offenkundige oder kaschierte Schuldauflage, sondern als aufrichtige Trauer über die Wunde der anderen praktiziert, in der dann auch die über die eigenen Verletzungen und Verluste ihren legitimen Platz hat. Damit hat sie den Boden bereitet für eine Versöhnung, die die Geschichte des polnischen Westens wie des deutschen Ostens in ihrer kulturellen Verschränkung vorurteilsfrei erschließen kann.

Für eine Zivilisierung des Kapitalismus

Zum Verstehen und Verzeihen gehört aber auch eine Orientierung an Werten, ohne dieses ein freiheitliches Gemeinwesen nicht gedeihen kann. Marion Gräfin Dönhoff hat dies vorgelebt. In ihrem eingangs zitierten Buch mit dem imperativischen Titel *Zivilisierung des Kapitalismus* und dem Untertitel *Grenzen der Freiheit* hat die Autorin wie in einem Vermächtnis eindringlich auf die Gefahren hingewiesen, die aus einer schrankenloser und dadurch wieder bornierten Ökonomisierung unseres Lebens und Denkens für unsere Freiheit und Würde erwächst. „Der Mensch wird als homo oeconomicus aufgefasst der streng rational seinen Vorteil kalkuliert und seinen Nutzen präzise maximiert. [...]

Die Rahmenbedingungen, innerhalb derer jener homo oeconomicus agiert, sind bestimmt durch das Marktsystem, das auf dem Wettbewerb beruht, und der Motor des Wettbewerbs - ich muss besser sein als der andere - ist der Egoismus. Ein Egoismus, der vor nichts haltmacht. In seinem Gefolge wächst die Brutalität, die unseren Alltag kennzeichnet, wie auch die Korruption, die in vielen Ländern mittlerweile bis hinauf ins Kabinett reicht.“ (Dönhoff 1997: 13). Damit werden weder Wettbewerb noch Marktwirtschaft - wenn sie in ihren Grenzen gehalten werden - abgelehnt. Vielmehr geht es um eine Verpflichtung des Kapitalismus auf bestimmte Werte und ethische Maximen. In den Worten Gräfin Dönhoffs: „Niemand kann bestreiten, dass das Marktsystem in seiner Effizienz von keinem anderen Wirtschaftssystem übertroffen wird; aber wenn der Markt kritiklos idealisiert wird, wenn ihm keine ethischen Grenzen gesetzt werden, wenn er sozusagen als säkularisierte Eschatologie angesehen wird, dann entartet das Ganze mit der Zeit zu einem catch-as-catch-can.“ (ebd.: 14) Hier mag auch die Distanz einer außergewöhnlichen Repräsentantin des preußischen Adels gegenüber einem immerfort rechnenden Bürgertum zum Ausdruck kommen; in historischer Sicht mag man diese adeliche Sicht, die im kulturellen Erbe Polens ebenfalls immer noch eine beträchtliche Rolle spielt, als Relikt einer untergegangenen Welt belächeln. Wäre dem wirklich so, gäbe es keine Werte, die dem menschlichen Leben über das Ökonomische hinaus Sinn verleihen. Dann hätten wir eine leere, trostlose Zukunft vor uns. Aber dem ist nicht so. Wir haben die Möglichkeit und die Pflicht, unsere Welt so zu gestalten, dass unser kultureller Reichtum und vor allem unsere Würde, auf die wir ein Recht haben, die uns aber auch fordert, unser Leben prägen und es allererst — sinnerfüllt — lebenswert machen. Gräfin Dönhoff hat uns dafür ein ermutigendes Beispiel gegeben. Wenn sie ihre Mahnungen mit

dem Satz schließt: „Alles hängt von den Menschen ab – von jedem einzelnen von uns“, dann schenkt sie uns damit ein Motto, dessen das zusammenwachsende Europa dringend bedarf. Wir sollten es im Herzen bewahren.

* Laudatio anlässlich der Einweihung des Hörsaal-Mensa-Gebäudes der Europa-Universität Viadrina als „Gräfin-Dönhoff-Gebäude“ am 19. April 2004.

1 Die Erinnerungsarbeit von Dönhoff nach 1945 wird in der zeitgenössischen Forschung allerdings auch kritisch bewertet: vgl. das Interview mit dem Zeithistoriker Stephan Malinowski in: Der Spiegel Nr. 29 vom 12. Juli 2004, S. 46-48 oder in anderem Zusammenhang Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 174f., 199, 222.

Literatur

Dönhoff, Marion Gräfin 1988: Kindheit in Ostpreußen, Berlin

Dönhoff, Marion Gräfin 1991: Polen und Deutsche – Die schwierige Versöhnung. Betrachtungen aus drei Jahrzehnten, Frankfurt/Main

Dönhoff, Marion Gräfin i. Zusammenarb. m. Schwarzer, Alice 1996: Marion Dönhoff. Ein widerständiges

Leben, Köln Dönhoff, Marion Gräfin 1997: Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit, Stuttgart

Innerhalb der politischen Linken in Deutschland und in den Schreibstuben der Nation bewegt seit dem Frühjahr die Gründung einer neuen Linkspartei die Gemüter. Journalisten und Politologen schätzen die Potenziale einer solchen Partei ein (Walter 2004; Walter/Spier 2004); linke Sozialdemokraten diskutieren über das Für und Wider, sich einer solchen Formation anzuschließen (dafür Putz 2004, dagegen Rünker et al. 2004).

Die politische Situation des Sommers 2004 scheint diese Debatte befördert zu haben. Die SPD musste seit der gewonnenen Bundestagswahl im Herbst 2002 — mit Ausnahme der Landtagswahl in Bremen — bei allen Wahlen Verluste hinnehmen, die teilweise dramatische Ausmaße annahmen. Anfangs versuchten viele diese Einbrüche als Probleme unzureichender „Politikvermittlung“ darzustellen. Doch mehr als anderthalb Jahre nach der Agenda-2010-Rede des Bundeskanzlers im März 2003, die Sinn stiften und die Richtung vorgeben sollte, hat sich Vermittlung der SPD-Politik noch nicht positiv beim Wähler bemerkbar gemacht. Das Gegenteil ist der Fall: Die Reduzierung sozialer Transferleistungen für Langzeitarbeitslose, die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Leistungseinschnitte in der Gesetzlichen Krankenkasse passen für viele kaum zu den klassischen sozialdemokratischen Grundwerten. Selbst Spitzengenossen fällt es schwer, diese Politik zu

Parteien

antizipieren. Die sozialdemokratischen Funktionäre an der Basis verstehen immer weniger ihre Vertreter in Berlin und deren Politik. Und die sozialdemokratischen Wähler fühlen sich von Reformen und Veränderungen bedroht.

Die SPD-Gegner aus den eigenen Reihen

Insofern war es logisch, dass sich gegen diese Politik Widerspruch formierte, an dessen Spitze die engsten Verbündeten der SPD stehen: die Gewerkschaften und die Sozialverbände. Sie repräsentieren, zusammen mit mittlerweile nicht mehr zur Wahl gehenden ehemaligen Wählern der SPD, ein großes Potenzial linker Wählerstimmen, das sich nicht mehr durch die Politik der SPD vertreten fühlt. Die nun als Parteigründer einer möglichen Linkspartei auf-tretenden Akteure sehen links von der SPD Möglichkeiten, dieses Potenzial für Wahlen zu mobilisieren. Unter den Führungspersonen der „Wahlalternative“ sind vor allem gestandene Gewerkschafter auf der Zielgeraden ihres politischen Engagements; in ihrer politischen Sozialisation Teil der Generation Schröder, teil-weise etwas jünger, dafür aber zumeist eben so lange im politischen Geschäft wie Schröder, Müntefering und Co. Zu diesen Initiatoren stießen vor allem Attac-Aktivisten, welche über den Kreis ihrer ins Stocken geratenen Bewegung hinaus politisch gestalten wollen.

Stephan Klecha

Mit einer Linkspartei in die Offensive?

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/167-vorgaenge/publikation/alles-haengt-vom-menschen-ab/>

Abgerufen am: 30.06.2024